

ZurückGeblickT

Keine leichtfertige Entscheidung

Von unserem Redaktionsmitglied REGINA BOJAK

Die Nachricht der Evangelischen Kirchengemeinde, den Johannesfriedhof nach und nach aufzugeben, hat bei vielen Bürgern Unverständnis und Empörung ausgelöst. Das ist verständlich, weil Menschen ihre Angehörigen dort beigelegt haben und den Friedhof als Ort der Trauer und der Erinnerung nutzen. Aber die Aufregung erscheint übertrieben, wenn man bedenkt, dass die Ruhestätte frühestens in 30, vielleicht erst in 60 Jahren geschlossen wird. Und die Argumentation des Presbyteriums ist nachvollziehbar: Die Kosten für die Pflege der Anlage können durch die Einnahmen nicht gedeckt werden – allen bisherigen Sparmaßnahmen zum Trotz. Hätte die Kirchengemeinde die Gebühren für die Nutzung deutlich erhöht, hätte es ebenfalls einen Aufschrei gegeben. Das Presbyterium dürfte sich die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Wahrscheinlich haben Mitglieder des Gremiums dort selbst Familienmitglieder oder Freunde beerdigt. Deshalb erscheint es jetzt sinnvoll, die Aufregung abklingen zu lassen. Es gibt im Stadtgebiet weiterhin evangelische Friedhöfe, die künftig Platz bieten, um am Grab des Verstorbenen zu gedenken.

KENNZEICHEN-GT DER WOCHEN-KOMMENTAR

Den Trauernden zuliebe



Jens Ostrowski

Trauer, Wut, Verzweiflung – kein Thema in der NW wurde in dieser Woche so emotional diskutiert wie die angekündigte Schließung des Johannesfriedhofs in Pavenstädt. Seit 1951 trauern die Gütersloher hier um ihre Verstorbenen. Manch ein Grab auf dem Johannesfriedhof besteht seit dem Gründungsjahr 1951. Das zeigt, wie sehr Menschen für ihre Trauerbewältigung einen festen Anlaufpunkt brauchen – manchmal eben auch weit über die Totenruhe von 25 Jahren hinaus. Die Aufregung um die Friedhofsschließung ist also nachvollziehbar. Doch der Evangelischen Kirche bleibt keine Wahl: Der Friedhof trägt sich nicht – und eine Subventionierung durch Kirchensteuern ist nicht erlaubt. Was also tun, um Hinterbliebenen, deren Grabnutzung nicht verlängert werden kann, den Ort der Trauer nicht zu nehmen? Eine Stele auf dem heutigen Friedhofsgelände, die die Namen der einst hier bestatteten Menschen trägt, könnte für Beruhigung sorgen – den Trauernden zuliebe.

Gütersloher Wochenschauer

Von Stephan Rechlin



Keine Ersparnisse

Die mit enormer Mitglieder-Mobilisierung entwickelte Gemeindekonzeption der evangelischen Kirche ist erst vier Jahre alt. Doch der mit ihr verbundene Schwung scheint schon wieder verfliegen zu sein. In aller Stille hat das Presbyterium zwei Jahre lang über dem Thema Friedhöfe gebrütet, um der Gemeinde jetzt mitzuteilen, dass die Schließung des Johannesfriedhofes alternativlos ist.

In dieser Zeit haben weder Presbyteriums-Mitglieder noch deren Vorsitzender das Gespräch mit den Nachbarn auf dem Johannesfriedhof gesucht – mit der Stadt und der katholischen Kirche. Obwohl 3000 Familien dort ihre Eltern, Großeltern und manchmal auch Kinder begraben haben, wurden auch sie nicht gefragt, ob sie vielleicht mit einem etwas höheren Beitrag die drohende Schließung abwenden möchten.

Die Akribie, mit der das Ergebnis des wirtschaftlichen Gutachtens zum evangelischen Friedhofsbetrieb behütet wird, lässt zudem den Verdacht aufkommen, dass die Alternativlosigkeit gewünscht ist. Aufmerksame Gemeindeglieder brauchen das Ergebnis gar

nicht. Ein Blick zum Nachbarn reicht. Die katholische Kirche verwaltet die Innenstadt-Friedhöfe und ihren Teil des Johannesfriedhofes mit einer halben Stelle. Die Verkehrssicherheit, Grab- und Pflegearbeiten überlässt sie zuverlässigen Gartenbaubetrieben in Gütersloh. Die Preise ihrer Gräber liegen deutlich unter jenen der evangelischen Kirche. Obwohl auch hier Urnenbegräbnisse überwiegen, klagt niemand über schrumpfende Beerdigungszahlungen oder die Konkurrenz von Seebestattungen.

Die Schließung des Johannesfriedhofes dient vor allem der Arbeitserleichterung des eigenen Friedhofsbetriebes. Ersparnisse wird sie kaum bringen, im Gegenteil. Die ausschließlich über Mieten finanzierten Betriebskosten der Kapelle werden noch schwieriger zu stemmen sein. Der evangelische Teil der Einnahmen fällt ja aus. Bis der Friedhof entwidmet wird, dürften 50, vielleicht sogar 65 Jahre ins Land gehen. Diese Zeit sollte das Presbyterium nutzen, um die eigentliche Aufgabe anzugehen: die Reform der eigenen Friedhofsverwaltung.

